

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2012



Sie schmecken so süß! Und leuchten nicht rot?

Was findet Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mindestlohn so attraktiv? Warum setzt sie sich im sogenannten bürgerlichen Lager an die Spitze einer gar nicht aus dem bürgerlichen Lager kommenden Forderung: die Einführung des Mindestlohns?

Sie will nicht, dass eine sozialdemokratisch geführte Mehrheit regiert. Sie schließt sich der Meinung an, die Kirschen in Nachbars Garten, die schmeckten so süß. Und sie meint wohl, die leuchteten im politischen Sinne nicht rot. Glaubt sie allen Ernstes, eine unionsgeführte Regierung mache den Mindestlohn ordnungspolitisch erträglicher, als wenn er von einer sozialdemokratisch geführten Regierung ins Werk gesetzt werde?

Die Kirschen in Nachbars Garten. Die schmecken so süß. Und sie leuchten nicht rot? Glaubt die Kanzlerin wirklich, ein so eklatanter Verstoß gegen die Regeln der Marktwirtschaft, wie es die Einführung eines – alsbald doch branchen- und flächendeckenden – Mindestlohnes ist, lasse die Marktwirtschaft unberührt? Die Kirschen in Nachbars Garten, die leuchten nicht rot, wenn sie am Baum eines Systembruchs wachsen, den eine angeblich marktwirtschaftlich orientierte Partei in ihr Programm einpflanzt?

Der 1. Mai – der „Tag der Arbeit“ – kann künftig zum „Tag des Mindestlohns“ werden. Den Mindestlohn-Befürwortern ist es leichtgefallen, die Kanzlerin an die Spitze der Bewegung zur Gerechtigkeit nach Maßgabe des Mindestlohns zu ordern. Frau Merkel tut sich offenbar nicht nur beim Euro leicht, ordnungspolitische Sünden schon in dem Augenblick mit Vergebung auszustatten, indem sie sie begeht. So ist das Gebot des No-bail-out der Europäischen Währungsunion über Bord geworfen worden. Ebenso leichtfertig wird nun der Mindestlohn zur Chiffre des CDU-Gerechtigkeitsversprechens.

Und die Kirschen? Die leuchten doch nicht rot! Und wenn schon: wieso in Nachbars Garten?

Hans D. Barbier

E-Mobilität: Boom auf zwei Rädern

Die Fortbewegung mithilfe von Elektromotoren nimmt zu, zumindest bei den Fahrrädern. Der Zweirad-Industrie-Verband meldet für das Jahr 2011 einen Anstieg der Verkaufszahlen um 55 Prozent. Den Verkaufszahlen zufolge wurden im vergangenen Jahr rund 310 000 E-Bikes verkauft – und das bei Verkaufspreisen von bis zu 3 000 Euro pro Elektrofahrrad.

Insgesamt rollen inzwischen rund 840 000 Fahrräder mit Elektromotor durch Deutschland. Wenn die Politik das nur früher gewusst hätte! Immerhin hat die Bundesregierung vor zwei Jahren beschlossen, dass bis 2020 mindestens eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen. Zwei Jahre nach dem Start des E-Mobilitäts-Programms der Regierung ist die Situation in Bezug auf die E-Autos wohl eher ernüchternd: Anfang 2012 waren 4 541 Elektro-Pkw auf deutschen Straßen zugelassen, das entspricht einem Anteil von 0,01 Prozent an den insgesamt knapp 43 Millionen Autos. Aus dem Konjunkturpaket II wurden schon 500 Millionen Euro für E-Mobile auf vier Rädern ausgeschüttet. Die bisherigen Zahlungen bedeuten also rein rechnerisch eine Subventionierung von 110 000 Euro je Elektro-Pkw. Bis Ende 2013 sollen weitere 560 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung da-

zukommen. Ob das gemeint ist, wenn die Lobbyisten der deutschen Automobilwirtschaft feststellen: „Die Arbeit der Nationalen Plattform Elektromobilität trägt Früchte“?

<http://goo.gl/xzWrr>

Schon wieder: Die Meldung vom Sparen

Die nächste Erfolgsmeldung, diesmal kommt sie aus dem Bundesministerium der Finanzen: Deutschland verringert bereits 2013 die Neuverschuldung! Nur noch 19,6 Milliarden Euro anstatt bislang geplanter 24,9 Milliarden Euro sollen neu aufgenommen werden.

Wie seine Amtsvorgänger Waigel, Eichel oder Steinbrück will auch Wolfgang Schäuble, der aktuell amtierende Bundesfinanzminister, Ausgaben senken und weniger neue Schulden machen. Der Haken an dieser Meldung, die Legislaturperiode um Legislaturperiode aufs Neue erscheint: Weniger neue Schulden als geplant, in der Sprache der Politik – und auch nur dort – bedeutet das bekanntlich, dass gespart wird, obwohl weiterhin Schulden gemacht werden.

Während 2009 die Finanzkrise – Stichwort Bankenrettung – Ursache der exorbitanten Neuverschuldung war, galt 2010 die Schuldenkrise im Euroraum als Hauptschuldige. Die dagegen vergleichsweise geringe Neuverschuldung im Jahr 2011 ist ebenfalls Ergebnis der Krise in den Euroländern: Die Zinssätze

für deutsche Staatsanleihen sind extrem niedrig, der Bundesminister der Finanzen kommt billiger an Kapital. Im laufenden Jahr ist auch schon ein Grund für die neuen Schulden in Höhe von 34,8 Milliarden Euro gefunden: Der Euro-Rettungsfonds ESM soll knapp neun Milliarden Euro erhalten.

<http://goo.gl/0V3ds>

Dauerbrenner D-Mark

Sie will nicht verschwinden, die „gute alte“ D-Mark. Der Bestand in Sparstrümpfen und Geldbörsen verringert sich auch zehn Jahre nach Einführung des Euro nur langsam: Rund 6,4 Milliarden in Banknoten sowie knapp 6,9 Milliarden in Form von D-Mark- und Pfennig-Münzen befinden sich nach Angaben der Bundesbank zurzeit noch in Umlauf. Die Gesamtsumme gehorteter Münzen und Banknoten beläuft sich zum Stichtag 30. April 2012 auf rund 13,3 Milliarden D-Mark.

Wer will, der kann weiterhin bei der Deutschen Bundesbank D-Mark einlösen; der Umtauschkurs beträgt 1 Euro für 1,95583 D-Mark.

<http://goo.gl/ok9XP>

D-Mark-Bargeld

jeweils April, in Milliarden D-Mark



Quelle: Deutsche Bundesbank

Ludwig Erhard und die europäische Integration

Ludwig Erhard hat sich, entgegen mancher Vorurteile, frühzeitig und intensiv mit Fragen der europäischen Integration beschäftigt. Der folgende – gekürzte – Text ist aus Erhards 1957 veröffentlichtem Buch „Wohlstand für alle“ (14. Kapitel, Station Europa). An Aktualität haben seine Überlegungen angesichts der derzeitigen Krise Europas nichts eingebüßt.

Die Integration Europas ist notwendiger denn je, sie ist geradezu überfällig. Aber die beste Integration Europas, die ich mir vorstellen kann, beruht nicht auf der Schaffung neuer Ämter und Verwaltungsformen oder wachsender Bürokratien, sondern sie beruht in erster Linie auf der Wiederherstellung einer freizügigen internationalen Ordnung, wie sie am besten und vollkommensten in der freien Konvertierbarkeit der Währungen zum Ausdruck kommt. Konvertierbarkeit der Währung schließt selbstverständlich die volle Freiheit und Freizügigkeit des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs ein. In diesen wenigen Worten ist meine Grundeinstellung zur Frage der zweckmäßigen Integration Europas gekennzeichnet.

Das Ziel: umfassende Integration

Wir müssen vor allem die Grundlagen für eine echte Integration schaffen. Diese liegen aber nach meiner Auffassung in erster Linie in einer währungspolitischen Ordnung. Hierbei muss von der wissenschaftlichen Erkenntnis ausgegangen werden, dass die volkswirtschaftliche Ordnung nicht auf einer Addition von Teilordnungen beruht, sondern die Volkswirtschaft als ein aus „Kästchen“ errichtetes Gebäude zu be-

greifen ist. Bei ihr handelt es sich um eine Funktion, um ein Ganzes und Untrennbares. Es handelt sich um Beziehungen menschlicher und materieller Art, die nicht voneinander gelöst und zerschnitten werden können, um dann nach Belieben wieder willkürlich zusammengefügt zu werden.

In diesem Zusammenhang verdient auch ein anderer Gedanke Erwähnung. Es scheint heute allenthalben eine gewisse Scheu vor dem Wettbewerb vorzuherrschen, der notwendigerweise mit der Schaffung von größeren Markteinheiten verbunden ist bzw. durch sie ausgelöst wird. Man wähnt, dass die Bedingungen für einen freien Wettbewerb bei einer derartigen Integration zu ungleich wären, als dass dieses Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft gesetzt werden dürfte. Man sollte daher – so meinen manche Wirtschaftskonstruktoren – zuerst einmal alle diese Unterschiedlichkeiten ausgleichen bzw. sie alle auf ein gleiches Niveau bringen, ehe man den freien Wettbewerb eröffnet ...

Unter dem Stichwort „Harmonisierung“ ging das Ansinnen sogar so weit, dass am Ende der Übergangsperiode die Lohnniveaus der einzelnen Mitgliedsstaaten angeglichen und ihre Gesamt-Arbeitskosten „äquivalent“ sein

müssten. Man könnte über diese Forderung hinweggehen, weil sie volkswirtschaftlich einfach nicht realisierbar ist, denn von Sizilien bis zum Ruhrgebiet kann es keine gleiche Produktivität und mithin auch keine gleichen Arbeitskosten geben. Die Praktizierung dieses Grundsatzes müsste gebietsweise sogar zu einem wirtschaftlichen Massensterben führen. Die Lohnkosten sind in ihrer jeweiligen Höhe ein Ausfluss der Produktivität und nicht die Voraussetzung einer gleichen Leistungskraft ...

Es ist also eine Illusion, die hinter diesen Vorstellungen steht, der Wahn, zu glauben, man könnte die natürlichen Gegebenheiten korrigieren und die strukturellen Bedingungen von Land zu Land mit künstlichen Mitteln so weit ausgleichen, dass jedes Land in jedem Bereich mit gleichen Kosten arbeitet. Ich halte dies – von der Unmöglichkeit, dass man dieses fragwürdige Ziel jemals wird erreichen können, einmal abgesehen – auch in keiner Weise für erstrebenswert ...

Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringen und womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muss ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter „Töpfchen“



„Es geht insgesamt nicht nur um den Euro. Es geht bei der Stärkung der gemeinsamen Währung darum, ob mit der Währungsunion die ganze europäische Idee ins Wanken gerät. Scheitert der Euro, dann scheitert mehr.“

Angela Merkel

führen, das heißt von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert ...

Ordnung auf leichten Sohlen

Man kann und darf Europa vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht so sehr als Organisation oder als Institution verstehen, sondern man muss es als Funktion auffassen. Dann aber ist die Frage dahin zu stellen, was wir tun können, um dieses Europa zur Entfaltung freier Funktionen zu befähigen. Es ist eine fast tragische Erkenntnis, glauben zu müssen, dass wir innerlich bereits derart verkrampft sind, Ordnung nur noch in der Vorstellung der „Organisation“ begreifen zu können. Wir haben den Sinn für echte Ordnung verloren, die gerade dort am stärksten ist und dort am reinsten obwaltet, wo sie als solche überhaupt nicht bemerkt und verzeichnet wird.

Damit soll nicht gesagt sein, dass ich europäischen Bindungen grundsätzlich widerstrebe. Ich möchte vielmehr die Voraussetzung hierfür schaffen, wenn ich zuerst die innere Ordnung der einzelnen Volkswirtschaften sichergestellt wissen will, weil sonst die Integration zwangsläufig zu einem übernationalen Dirigismus führen müsste.

Europa ist nicht mit kleinen Mittelchen zu bauen; es ist nur als komplexe, ökonomische und politische Funktion zu verstehen. Die Vorstellungen, dass fortschreitend einzelne Sachbereiche der nationalen Souveränität entzogen und supranationaler Verwaltung übergeben werden sollten und dass dann von einem bestimmten Augenblick an das Gewicht des supranationalen Einflusses automatisch zu einer totalen Überwindung nationaler Zuständigkeiten führen würde, erscheint mir wenig realistisch und hält einer wirtschaftstheoretischen Durchleuchtung nicht stand ...

Meiner Auffassung nach steht uns gar kein anderer Weg offen, als in allen Fragen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, des Geld- und Kapitalverkehrs, der Behandlung der Zollpolitik und hinsichtlich der Freizügigkeit der Menschen in raschem Fortschreiten zu immer umfassenderen Freiheiten zu gelangen und auf dem Wege dorthin auf alle staatlichen Manipulationen zu verzichten, die diesen Prinzipien zuwiderlaufen. Wo institutionelle Einrichtungen zur Durchsetzung dieser Prinzipien der Freiheit unvermeidlich sind, trete auch ich für sie ein. Mir will scheinen, dass derjenige ein wahrhaft guter Europäer ist, der diese Gemeinsamkeit des Handelns und Verhaltens zur Verpflichtung aller Beteiligten erhoben wissen will ...

Wie nun, so werden meine Leser fragen, stelle ich mir das werdende Europa vor? Am Beginn eines Versuchs,

konkretere Vorstellungen zu entwickeln, muss der Satz stehen: Alles Streben nach politischer und wirtschaftlicher Integration muss scheitern, wenn nicht endlich alle Beteiligten den Mut und die Kraft finden, sich zu einer ständig fortschreitenden Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, eines raschen Abbaus der Zölle sowie anderer protektionistischer Schranken und Manipulationen zu bekennen und danach zu handeln.

Zu einem freien und gemeinsamen Markt gehören, gleich wie früher bei der Goldwährung, nicht Reichtum und Stärke, sondern nur die bescheidene Einsicht, dass kein Staat, ebenso wenig wie ein Volk, über „seine Verhältnisse“ leben kann ...

Dieses mein ständiges Werben und Mahnen, Europa unter Voran- und Sicherstellung der „Funktion“ zu schaffen, soll nun nicht dahin missverstanden werden, als ob ich nun völlig starr jede Institution auf europäischer Ebene ablehnen würde. Was ich entschieden ablehne, ist allerdings die Auffassung, es könnte durch die Schaffung von Institutionen gelingen, den eigentlichen Schwierigkeiten wirksam zu begegnen.

Wer ist ein guter Europäer?

Jeder institutionelle Lösungsversuch bringt die Gefahr mit sich, in Scheinlösungen stecken zu bleiben. Aber auch für mich gibt es bei diesem Fragenkomplex nicht ein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch, – wobei aller-

dings der Akzent eindeutig auf der Priorität der funktionalen Integration liegt.

Ich habe es selbst zu wiederholten Malen erfahren, wie fruchtbar es sein kann, wenn sich Menschen zusammensetzen müssen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Nur kommt es entscheidend darauf an, dass die institutionell begründete Arbeit das funktionale Wirken nicht verdrängen, ersetzen oder gar negieren will. Die Institution muss vielmehr dienen – und zwar ausschließlich –, um die Funktion des gemeinsamen Marktes zu unterstützen; sie muss helfen, Freiheit zu eröffnen. Wenn dagegen die Institution selbst „ordnen“ will, ist sie fehl am Platze ...

Ich jedenfalls bin nicht willens, mir meine europäische Gesinnung und auch nicht meine Gläubigkeit aberkennen zu lassen, weil ich die diesbezüglichen Fragen anders gestellt und allen Beteiligten zu prüfen anheim gegeben habe, ob es denn nur einen Weg und nur eine Methode hin zu Europa gäbe, oder ob nicht andere Mittel vielleicht schneller und wirksamer zum Ziele führten.

Des Weiteren widerstrebe ich nicht europäischen Bindungen, sondern möchte umgekehrt die Voraussetzung hierfür schaffen, wenn ich mahne, dass zuvörderst die innere Ordnung der Volkswirtschaften in nationaler Verantwortung sicherzustellen sei, weil sonst die Integration zu einem übernationalen Dirigismus führen müsste.

Ludwig Erhard



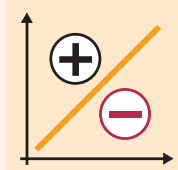
„Wirklich schöpferische Gedanken, die neue Wege weisen, werden nicht in Kollektiven geboren, sondern tragen immer einen persönlichen Stempel.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Mai 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die unsicheren Wirtschaftsaussichten im Euroraum haben im ersten Quartal 2012 zum Rückgang der offenen Stellen in Deutschland geführt. Ihre Zahl sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 90 000 (minus acht Prozent) auf rund 965 000. Das haben die Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ermittelt. In den für den Arbeitsmarkt besonders bedeutenden Bereichen der deutschen Wirtschaft – Metalle, Metallenerzeugnisse sowie Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge – gab es im ersten Quartal 2012 jeweils rund 25 Prozent weniger Stellenangebote als ein Jahr zuvor.

Stellenangebote	
IV. Quartal 2010	996 200
I. Quartal 2011	1 054 800
II. Quartal 2011	974 700
III. Quartal 2011	919 400
IV. Quartal 2011	1 130 800
I. Quartal 2012	965 500
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	

Der Rückgang betraf vor allem Arbeitsplätze, die erst in einigen Wochen oder Monaten besetzt werden sollen. Die Zahl sofort zu besetzender Arbeitsplätze blieb dagegen nahezu unverändert. Gemäß IAB würden durch die europäische Schuldenkrise viele Betriebe eher kurzfristig planen.

Eigenverantwortung

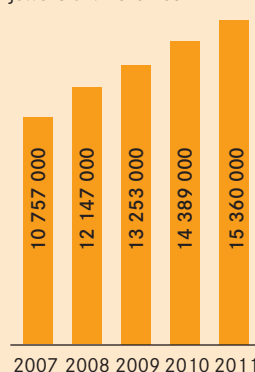


Seit dem Jahr 2002 gibt es die staatlich geförderte Riester-Rente. Im Jahr 2011 haben sich 971 000 Bundesbürger dazu entschlossen, mit „Riester“ zusätzlich zur gesetzlichen Altersrente vorzusorgen. Allein im letzten Quartal des Jahres entschieden sich 363 000 Bundesbürger für diese staatlich geförderte Form der ergänzenden Alterssicherung. Die Gesamtzahl der Riester-Verträge hat damit die 15-Millionen-Grenze überschritten (31. Dezember 2011).

Die Riester-Rente ist einer Umfrage des Deutschen Instituts für Altersvorsorge zufolge – nach der Lebensversicherung und der betrieblichen Altersversorgung – das drittliebste Instrument zur privaten Al-

Riester-Verträge

jeweils 31. Dezember



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

ttersvorsorge, wenn auch mit staatlicher Förderung.

Geldwertstabilität



Die Kosten für einen Neuwagen und seinen Unterhalt sind im März 2012 um 3,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten kletterten im Vergleich dazu um 2,1 Prozent. Vor allem der Preisanstieg bei Benzin und Diesel – er stieg in den zwölf Monaten um 7,7 Prozent – sorgte für die überproportionale Verteuerung.

Wer hofft, ein gebrauchtes Auto käme günstiger: Mehr als

9 700 Euro haben Autofahrer laut der Deutschen Automobil Treuhand GmbH im Durchschnitt für Gebrauch-Pkw gezahlt, so viel wie nie zuvor. Der Durchschnittspreis legte 2011 im Vorjahresvergleich um fast 1 000 Euro zu. Eventuell hat die Abwrackprämie der Bundesregierung im Jahr 2009 den Gebrauchtwagenmarkt beeinflusst. Fahrzeuge, die älter als neun Jahre waren, konnten beim Kauf eines Neu- oder Jahreswagens gegen eine Prämie von 2 500 Euro verschrottet werden.

Immerhin wurden knapp zwei Millionen Pkw dieser Altersgruppe verschrottet. Jüngere Gebrauchtfahrzeuge, meistens mit weniger Laufleistung, sind teurer.

Gebrauchtwagen	
Durchschnittspreise in Euro	
2007	8 400
2008	8 690
2009	8 590
2010	8 790
2011	9 740
Quelle: Deutsche Automobil Treuhand GmbH	

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (innen)
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard